

(A)

Beitrittsantrag der Republik Serbien zur Prüfung an die Europäische Kommission weiterleiten

– Drucksache 17/3190 –

ZP 9 Beratung des Antrags der Abgeordneten Uta Zapf, Günter Gloser, Dietmar Nietan, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Glaubhafte Unterstützung für Serbiens Beitrittsantrag zur Europäischen Union

– Drucksache 17/3175 –

ZP 10 Beratung des Antrags der Abgeordneten Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Viola von Cramon-Taubadel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Serbiens Beitrittsgesuch an die Europäische Kommission weiterleiten – Gesamte Region im Blick behalten

– Drucksache 17/3204 –

Zwischen den Fraktionen ist es verabredet, hierzu eine halbe Stunde zu debattieren. – Dazu sehe ich keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Ich bin sicher, dass insbesondere der Geschäftsführer der FDP-Fraktion seinem Kollegen Dr. Rainer Stinner zuhören möchte, dem ich jetzt gerne das Wort gebe.

Bitte, Herr Stinner.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Dr. Rainer Stinner (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin, erlauben Sie mir zu Beginn dieser Debatte, in der es um Serbien geht, den serbischen Botschafter auf der Tribüne zu begrüßen. Herr Botschafter, ganz herzlichen Dank! Es ist gut, dass Sie Interesse an dieser Debatte im Deutschen Bundestag zeigen.

(Beifall)

Ohne jeden Zweifel ist Serbien ein besonders wichtiges Land auf dem westlichen Balkan. Es ist auf dem Weg hin zu Europa. Deswegen haben wir über dieses wichtige Land häufig auch kontrovers diskutiert. Wir wissen von den Schwierigkeiten.

Es ist völlig klar: Wir haben hier gemeinsam – das zeigen auch die Anträge, die ähnlich sind; ich werde auf Unterschiede kurz eingehen – das Bestreben, dass Serbien ein demokratisches, rechtsstaatliches, friedliches europäisches Land in einer friedlichen Europäischen Union wird und eine gute Nachbarschaft zu allen Nachbarn pflegt. Das ist unser gemeinsames Ziel, auf dessen Erreichung wir gemeinsam mit Serbien hinarbeiten.

Auf diesem beschwerlichen Weg nach Europa gab es – keine Frage – viele Hindernisse, aber es gibt auch Fortschritte. Ein Fortschritt ist ohne jeden Zweifel die gemeinsame UN-Resolution zum Thema Kosovo, die vor einigen Wochen zwischen Serbien und der Europäischen Union hart erkämpft worden ist. Wir wissen, das ist für Serbien ein großer Sprung gewesen, eine harte Entschei-

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt rufe ich den Tagesordnungspunkt 31 sowie Zusatzpunkte 9 und 10 auf:

31 Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP

Dr. Rainer Stinner

- (A) dung. Wir würdigen diese und nehmen sie als ein Zeichen Serbiens auf dem Weg zu Europa, das wir ausdrücklich begrüßen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir können aber auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, an diesem Beispiel erstmals – ich sage bewusst „erstmal“ – Handlungsfähigkeit der Europäischen Union in außerpolitischen Dingen konstatieren. Eine übereinstimmende gemeinsame Aktion von Außenminister Westerwelle, Herrn Feith und Frau Ashton hat dazu geführt, dass Serbien diesen wichtigen Schritt gegangen ist. Ich möchte dem Außenminister ganz, ganz herzlich für diese Initiative danken.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, es gibt eine weitere gute Nachricht aus Serbien, die viele von uns nicht wahrnehmen: Serbien hat eine außerordentlich effiziente Administration und ist besser als viele andere Länder in der Lage, den Beitrittsprozess schnell und effizient abzuwickeln. Das ist nicht überall der Fall. Auch das nehmen wir sehr, sehr gern zur Kenntnis.

Nachdem nun Serbien diesen Schritt gemacht hat, ist es an uns, an den Europäern, auch einen weiteren Schritt zu gehen. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt. Die Anträge der Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen haben denselben Sinn.

- (B) Wir müssen dazu sehr deutlich sagen: Es handelt sich um ein schrittweises Vorgehen. Jetzt geht es um den ersten Schritt, nämlich die Weiterleitung an die Europäische Kommission. Dann kommt der zweite Schritt, nämlich die Beimessung eines Kandidatenstatus für Serbien. Und dann kommt der dritte Schritt, die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Die beiden anderen Schritte liegen jetzt noch vor uns, zuerst muss der Europäische Rat den ersten Schritt gehen.

Bei diesem Prozess wird die Europäische Union ganz genau hinschauen. Die Europäische Union und wir alle, meine Damen und Herren, werden genauer hinschauen als bei früheren Beitrittsprozessen. Das mag nicht gerecht sein; aber wir müssen aus den Beitrittsprozessen lernen. Wir möchten unter allen Umständen vermeiden, dass Probleme wie die, die wir mit Zypern, zum Teil mit Rumänien und Bulgarien, aber auch in Bezug auf den Grenzkonflikt zwischen Slowenien und Kroatien hatten, noch einmal auftreten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir möchten vermeiden, dass ungelöste Probleme in die EU hineingetragen werden. Deshalb werden wir genauer hinschauen. Jeder in Serbien, Herr Botschafter, muss das verstehen, so schmerzhaft es eventuell auch sein mag.

Meine Damen und Herren, mit unserem Antrag bürden wir Serbien keine neuen Bedingungen auf. Die Bedingungen sind klar. Außenminister Westerwelle hat es sehr deutlich gesagt: Die Grenzen des Balkans sind gezogen. Damit ist ein Datum gesetzt, über das wir nicht hinweggehen wollen und können. Wir wollen es auch nicht, wir wollen das als Datum sehen. Serbien ist will-

- kommen, muss aber wissen, dass die Grenzen auf dem Balkan gezogen sind und unverändert bleiben. (C)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir haben in der dritten Forderung in unserem Antrag deutliche Fortschritte bezüglich der Lösung offener Fragen eingefordert. Das ist durchaus noch milde. Andere fordern in ihren Anträgen, dass alle Probleme gelöst sein müssen. Aber wir wollen ja die Hürden auch nicht zu hoch machen. Wir wollen jedoch deutlich sagen, dass natürlich vor dem übernächsten Schritt, dem Beginn der Beitrittsgespräche, einige Probleme gelöst werden müssen. Das haben wir sehr, sehr deutlich gemacht.

Damit – das betone ich – machen wir Serbien nicht zur Geisel des Kosovos. Wir fordern Fortschritte bei den Bemühungen von Serbien, und wir werden genau betrachten, wie sich Serbien und der Kosovo hier verhalten. Serbien ist nicht die Geisel des Kosovos, sondern Serbien ist für seine eigenen Handlungen und Taten selber verantwortlich, und das werden wir sehr, sehr genau beobachten.

Lassen Sie mich in den verbleibenden Sekunden noch auf die vorliegenden Anträge eingehen. Die Zielrichtung ist völlig eindeutig; wir sind alle einer Meinung. Im Antrag der SPD habe ich einen Satz gefunden, den ich nicht verstehen kann, Herr Gloser. Da schreiben Sie tatsächlich:

Die Verhandlungen über einen Beitritt sind noch in diesem Jahr aufzunehmen.

- Das kann doch nicht Ihr Ernst sein. Die SPD-Fraktion kann doch nicht ernsthaft der Meinung sein – die SPD hat Außenminister Steinmeier gestellt; die SPD-Fraktion betreibt seit Jahren Außenpolitik –, dass die Beitrittsverhandlungen zwischen dem 9. Oktober und dem 31. Dezember dieses Jahres aufgenommen werden sollten. Herr Gloser, da muss Ihnen irgendwo ein Fehler passiert sein. Ich glaube nicht, dass Sie der Meinung sind, dass das möglich und sinnvoll ist. Wir müssen diesen Antrag also ablehnen. (D)

(Beifall des Abg. Philipp Mißfelder [CDU/CSU])

Frau Beck – ich schätze Sie außerordentlich; wir arbeiten sehr eng zusammen –, im Antrag der Grünen kann man ein häufiges Phänomen entdecken: Ganz egal, was Sie machen, es muss der Name Bosnien-Herzegowina auftauchen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Joachim Spatz [FDP])

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Stinner, könnten Sie Ihre Sympathieerklärungen für eine einzelne Kollegin – sie finden leider außerhalb Ihrer Redezeit statt – vielleicht einem vertiefenden privaten Gespräch anvertrauen?

(Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das musste mal gesagt werden!)

(A) **Dr. Rainer Stinner (FDP):**

Ja, das mache ich ausführlich, Herr Präsident.

Lassen Sie mich abschließend sagen, dass wir aus Gründen der Nichtfokussierung auch diesen Antrag ablehnen müssen. Ich fordere Sie auf und wünsche mir, dass Sie dem sehr guten Antrag der Union und der FDP heute zustimmen. Wir sind uns alle einig. Lassen Sie uns das gemeinsam zum Ausdruck bringen. Dann geht vom heutigen Nachmittag eine gute Botschaft aus.

Schönen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nun hat der Kollege Günter Gloser für die SPD-Fraktion das Wort.

Günter Gloser (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Serbiens Wunsch, auf dem Weg zu einer Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union voranzukommen, hat – dieses Signal der SPD-Fraktion, sehr geehrter Herr Botschafter, können Sie aufnehmen – unsere volle Unterstützung. Die Europäische Union hat auf ihrem Westbalkan-Gipfel in Thessaloniki 2003 allen Staaten des westlichen Balkans eine europäische Perspektive versprochen. Serbien hat seither in der Tat eine bemerkenswerte Entwicklung gezeigt, die unsere Anerkennung verdient.

(B) Die nationalistische Politik Milosevićs und deren Vollstrecker Karadžić und Mladić haben tiefe Spuren in Serbien, aber auch in den Nachbarländern hinterlassen. Unsere Politik muss darauf abzielen, die vorhandenen Wunden zu heilen und alles zu tun, damit sich solche Tragödien nicht wiederholen.

Was aber ist die richtige Politik gegenüber Serbien? Ich will Ihnen dazu zwei Beispiele nennen.

Erstens. Richtige und erfolgreiche Politik der Europäischen Union war es, im Jahre 2008 das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen gegen starke Bedenken einiger, wenn auch weniger EU-Mitgliedstaaten zu unterzeichnen; denn damit wurde zwei Wochen vor den serbischen Wahlen ein klares Zeichen für einen europäischen Kurs Serbiens gesetzt. Die Wählerinnen und Wähler in Serbien haben das verstanden und ihrerseits eine proeuropäische Regierung gewählt. Im Dezember 2009 hat die Regierung in Belgrad einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft gestellt. Diese Entwicklung zeigt, dass die Entscheidung von 2008 kein gefährliches Einknicken der Europäischen Union war, sondern das richtige Zeichen zur richtigen Zeit. Das ist auch ein Beleg dafür, dass die Europäische Union als Ganzes handlungsfähig sein kann, wenn es darauf ankommt.

Zweitens. Der Internationale Gerichtshof hat in einem Gutachten festgestellt, dass die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo nicht gegen internationales Recht verstößt. Serbien wollte daraufhin zunächst im Rahmen der Vereinten Nationen Neuverhandlungen über den Status des Kosovo fordern. Die Europäische Union hat aber er-

reicht, dass Serbien gemeinsam mit den 27 EU-Mitgliedern eine konstruktive Resolution einbrachte und – das ist wichtig – einen Dialog mit dem Kosovo zusagte. Es ist gut, dass Deutschland in diesen Verhandlungen eine positive Rolle gespielt und zum europäischen Erfolg wesentlich beigetragen hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

– Es ist immer schön, wenn Sie die Zwischentöne wahrnehmen.

Die beiden genannten Beispiele belegen, dass Europa gegenüber Serbien eine klare, einheitliche, aber auch unmissverständliche Politik verfolgen muss und dann auch mit einer rationalen und konstruktiven Politik Serbiens rechnen kann. Aber ich will hier auch ansprechen: Es gibt Defizite in der Entwicklung Serbiens, die sich negativ auf die weitere Annäherung an die Europäische Union auswirken können.

Erstens nenne ich in diesem Zusammenhang die Forderung nach einer vollständigen Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof. Die serbische Regierung muss noch überzeugender nachweisen, dass sie tatsächlich alles tut, um Mladic zu finden und an den Strafgerichtshof auszuliefern.

Zweitens. Das derzeitige Maß an Korruption in Serbien ist nicht europafähig. Die negativen Erfahrungen in anderen Ländern, leider auch innerhalb der Europäischen Union, zeigen deutlich, dass hier nur eine Nulltoleranzpolitik gelten kann. Korruption schadet der Wirtschaft; sie trifft aber auch die Schwächsten in der Gesellschaft und ist für einen demokratischen Rechtsstaat einfach nicht akzeptabel.

Deshalb können wir auch nicht wegsehen, wenn ausländische Investoren sich, wie jüngst die Verlagsgruppe der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung*, nach erheblichen Investitionen mit Hinweis auf Korruption wieder aus Serbien zurückziehen. Ich kann und will diesen Einzelfall hier nicht weiter bewerten. Aber die serbische Regierung muss wissen, dass solche Fälle gerade in einem EU-Kandidatenland besonders genau verfolgt werden. Serbien muss für Investitionssicherheit und für Fairness auf seinem Markt sorgen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, sprechen wir noch einmal deutlich von den Interessen der Europäischen Union und Deutschlands in diesem Fall. Unser erstes Interesse ist Frieden und Sicherheit in unserer Nachbarschaft. Weil die Länder des westlichen Balkans inzwischen eine Enklave mitten in der Europäischen Union bilden und weil dort noch vor kurzem blutige Kriege stattfanden, gilt das für Serbien und seine Nachbarn in ganz besonderem Maße.

Wenn es um die Nachbarschaft von Serbien und Kosovo geht, sollte der Vorschlag des ehemaligen Botschafters Ischinger aufgegriffen werden. Ischinger erinnerte an den Grundlagenvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten von 1972. Dieser hatte seinerzeit mitten im Kalten Krieg eine pragmatische und wirksame

Günter Gloser

- (A) Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR möglich gemacht. Das sollte in naher Zukunft in ähnlicher Weise auch für Serbien und Kosovo möglich sein.

Wir haben ein großes Interesse an einer positiven wirtschaftlichen, aber auch gesellschaftlichen Entwicklung in Serbien und der Region. Dort liegt nicht nur ein bedeutendes Potenzial für die deutsche und die europäische Wirtschaft. Besonders für das soziale Gefüge Europas ist es von entscheidender Bedeutung, dass das eklatante Wohlstandsgefälle in Europa durch nachholende Entwicklung gerade in Südosteuropa gemildert wird.

Welche weiteren Mittel stehen uns zur Verfügung, um positiv auf diese Entwicklung einzuwirken? Neben der Diplomatie und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ist es vor allem die Zusammenarbeit der Zivilgesellschaften, die wir aktiv fördern müssen. Leider sollen an mancher Stelle im Auswärtigen Amt Bereiche, die mit Krisenprävention, kulturellem Austausch und Förderung von zivilgesellschaftlichen Kontakten zu tun haben, eher reduziert als konzeptionell ausgebaut werden. Wir brauchen mehr Jugendaustausch, mehr Studienstipendien und mehr Deutschunterricht in den zukünftigen EU-Mitgliedstaaten. Wir brauchen auch mehr Kulturprojekte, die dem Austausch zwischen Deutschland und Südosteuropa Tiefe und den Beziehungen Belastbarkeit verleihen. Das wäre eine Aufgabe für das Auswärtige Amt: die Entwicklung eines Konzeptes für einen neuen Stabilitätspakt der Zivilgesellschaften in Südosteuropa.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Viele Vereine, Stiftungen, aber auch private Initiativen sind auf diesem Feld schon tätig. Unterstützen wir sie, ermutigen wir sie und binden wir sie ein in eine Strategie für den gemeinsamen europäischen Weg Serbiens und der südosteuropäischen Staaten!

Meine Damen und Herren, zum Schluss noch ein Zitat aus dem neuen Buch des britischen Historikers Timothy Garton Ash. Ursprünglich stammen diese Sätze aus der Schlussbetrachtung zu einem Aufsatz, den er im Jahr 2000 geschrieben hat; jetzt hat er sie in einer Nachbemerkung zu dem Buch aktualisiert. Ash sagt – ich zitiere; damit kein Missverständnis entsteht –:

Ich stimme denen zu, die sagen, wir in Europa sollten uns das strategische Ziel setzen, alle Staaten des westlichen Balkans einschließlich Serbiens und Montenegros bis zum 28. Juni 2014 zu Mitgliedern der Europäischen Union zu machen, dem hundertsten Jahrestag der Ermordung Erzherzog Franz Ferdinands in Sarajevo, die das Fass zum Überlaufen brachte und den Ersten Weltkrieg auslöste. Es wird sich zeigen, ob das heutige Europa zu einer solchen historischen Vorstellungskraft und strategischen Risikobereitschaft fähig ist.

Dieses strategische Ziel – wenn auch vielleicht nicht mit dem im Zitat genannten Datum – hat sich die Europäische Union und haben sich viele Völker auf dem westlichen Balkan zu eigen gemacht. Wir sollten dieses strategische Ziel unterstützen, auch wenn das Zieldatum

heute sicherlich noch nicht konkret genannt werden kann. (C)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Roderich Kiesewetter ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unser Bundestag hat schon eine beeindruckende Gabe, wesentliche historische Ereignisse mit aktuellen Debatten zu verknüpfen.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Donnerwetter!)

Am 8. Oktober 1912 – Herr Sarrazin, Sie als angehender Historiker werden das wissen –

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

hat das Osmanische Reich eine Kriegserklärung von Montenegro erhalten. Der erste Balkankrieg brach aus. Am 8. Oktober 1991 hat das kroatische Parlament seine Unabhängigkeit von Jugoslawien erklärt. Heute, 19 Jahre später, debattieren wir über die Weiterleitung des Beitrittsantrags Serbiens. (D)

Wir als Regierungsfraktion sprechen uns eindeutig für die EU-Perspektive des westlichen Balkans aus.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daran arbeiten wir. Das ist ganz entscheidend für eine friedliche Zukunft.

Wir haben in den letzten Jahren sehr viel Mut bei der Erweiterung bewiesen. Jetzt ist eine gewisse Müdigkeit eingetreten. Der Mut wurde sicherlich auch in Teilen enttäuscht, weil 2007 zwei Staaten die Beitrittskriterien nicht eingehalten haben; wir waren nicht kritisch genug.

Jetzt steht an, dass wir den Prozess der Aufnahme Serbiens in die Europäische Union aufmerksam und kritisch begleiten. Es geht noch nicht um die Aufnahme, sondern es geht darum, dass die Europäische Kommission darüber berät und den Ratschlag abgibt. In den knappen und wohlformulierten Punkten unseres Antrags, der sich weitestgehend mit den Anträgen der anderen Fraktionen deckt, machen wir deutlich: Vor einem Beitritt, auch schon vor dem Avis, müssen bestimmte Dinge geklärt werden.

Wir als Europäer brauchen eine ganz klare Sicht auch nach außen. Wir haben uns jetzt lange mit der Wirtschaftskrise und mit unserer Binnenkonstitution beschäftigt. Wir sprechen heute nicht ohne Grund über die Aufnahme Serbiens. Das ist ein Recht, das uns mit dem

Roderich Kiesewetter

- (A) Lissabon-Vertrag eingeräumt worden ist. Da können wir als Parlament etwas bewegen. Auch das ist ein Fortschritt in der parlamentarischen Demokratie, den wir begrüßen müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es gibt Fortschritte. Serbien hat in beeindruckender Weise deutlich gemacht, dass es bereit ist, mit dem Kosovo über den Bereich nördlich des Ibar zu sprechen.

Ich will ein paar weitere Meilensteine nennen. Warum sollte Serbien in die Europäische Union? Es ist klar: Es hat europäische Wurzeln. Es gehört zu Europa. Es sind auch nicht nur die wirtschaftliche Kraft und die Verwaltungseffizienz, die mitgebracht werden – das wurde schon angesprochen –; ein demokratisch verfasstes Serbien wird eine Bereicherung für Europa sein und wird im Hinblick auf das, was es historisch verursacht hat, ausgleichend wirken.

Im Dezember 2009 wurde die Bahnlinie von Belgrad nach Mostar eröffnet; Kooperation von Serbien. Im März hat das Parlament von Serbien die Schuld beim Massaker von Srebrenica anerkannt. Am 11. Juli nahm Tadic an dem Gedenken in Srebrenica teil, was eine sehr große Geste war. Am 9. September wurde glasklar, dass Serbien mit den Staaten der Europäischen Union die Anerkennung des Kosovos, zumindest des Gutachtens, teilt. Das sind entscheidende Fortschritte, die wir fördern sollten, indem wir sagen: Über den Antrag muss in positiver Weise entschieden werden. – Wenn uns das gelingt, ist das auch ein Zeichen unseres Parlaments.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich sind Hinderungsgründe vorhanden. Es gibt Stolpersteine. Aber wir sind auch dazu da, Serbien zu helfen und zu begleiten. Die Stolpersteine liegen in der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, in der Verwaltungsreform, sicherlich auch im Selbstverständnis des Parlaments Serbiens; in Klammern: Rücktrittserklärungen. Da gibt es noch viel zu tun. Wir müssen unsererseits aber auch darauf achten, dass die Mittel, die die EU für die Aufnahme bereitstellt, besser abfließen. Es gibt zurzeit ein Aufnahmeproblem. Dem könnten wir mit Twinning-Projekten sicherlich begegnen.

Die Reise unseres Außenministers war Balsam und ein Heilmittel für die Perzeption im Balkan. Unsere deutsche Außenpolitik hat wieder aktiv Bewegung in die Balkanpolitik gebracht. Dafür müssen wir dem Außenminister dankbar sein. Ich habe bei meinen Besuchen im Frühjahr und in der letzten Woche in Albanien erlebt, welche Auswirkungen dieser Besuch gehabt hat.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die Visaerleichterungen

(Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, genau!)

für Bosnien und Albanien noch in diesem Jahr in Kraft treten. Die Bedingungen sind eingehalten. Damit schaffen wir eine Perspektive für die Region und auch Anreize.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Der entscheidende Punkt ist, dass wir auch Anreize schaffen, die das begleiten.

(Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Selbst wenn Frankreich unverantwortlicherweise mauert!)

Deutschland ist ein souveräner Staat und verfolgt eine interessengeleitete wertorientierte Außenpolitik. Ich glaube, dass wir hier Lösungen aufzeigen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch einen Punkt ansprechen. Wenn wir gemeinsam im Parlament für die Weiterleitung dieses Beitrittsantrags stimmen, ist damit noch lange nicht gesagt, dass Serbien bald Mitglied der Europäischen Union wird. Wir brauchen eine Gesamtperspektive. Diese muss aus einem Geben und Nehmen bestehen. Das bedeutet, mit kritischem Blick Serbiens Verhältnis zum Kosovo zu verfolgen. Das bedeutet aber auch, Segregations- oder gar Separationsbemühungen der Republika Srpska zu bekämpfen. Das bedeutet auch Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gerichtshof. Natürlich hat Serbien bereits 42 der 44 angeklagten Kriegsverbrecher ausgeliefert, aber bezüglich der kritischen Fälle Mladić und Hadzić bestehen noch Schwierigkeiten. Wir wissen nicht, wie das Schicksal dieser beiden Herren ist, aber wir wissen, dass sie das Schicksal von Millionen beeinflusst haben. Deshalb wollen wir hier Klarheit. Darauf haben wir auch einen Anspruch. Das wird der Schlüssel für den Beitritt sein.

(D)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, Serbien ist auf dem halben Weg zwischen Vergangenheit und Zukunft. Mit der Annahme des vorliegenden Antrags haben wir als Parlament es in der Hand, den weiteren Prozess aufmerksam und kritisch zu begleiten, mit Sticks and Carrots bzw. Zuckerbrot und Peitsche. Aber auch Serbien selbst hat es in der Hand. Ich glaube, wir haben deutlich gemacht, in welche Richtung der Weg gehen muss.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun der Kollege Thomas Nord für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Thomas Nord (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Botschafter! Ich teile – das wird vielleicht den einen oder anderen überraschen – vieles von dem, was Herr Kiesewetter hier über die historische Situation gesagt hat.

(Veronika Bellmann [CDU/CSU]: Das kann man ja nicht mehr umdeuten! Das ist halt so!)

Thomas Nord

- (A) – Gerade in Geschichtsfragen kann man, wie Sie wissen, sehr unterschiedlicher Meinung sein. In dieser sind wir offensichtlich gemeinsam einer Meinung.

(Beifall des Abg. Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Einleitung von Beitrittsverhandlungen zwischen Serbien und der EU bietet auch aus unserer Sicht eine historische Chance, einen sehr alten Konflikt, der viel Leid verursacht hat, dauerhaft zu beenden. Daher ist die Linke für die Weiterleitung des Beitrittsantrags Serbiens an die Europäische Kommission. Wir wollen, dass sich die Bundesregierung dafür im Rat und bei den übrigen Mitgliedsländern einsetzt.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wie die SPD wollen wir, dass bei den Beitrittsverhandlungen mit Serbien ausschließlich die Kopenhagener Kriterien gelten und keine weiteren Bedingungen gestellt werden. Die Anträge der Koalitionsfraktionen und der Grünen aber lassen erkennen, dass dies für Serbien nicht so gelten soll. Auch der Antrag der SPD bleibt hier leider unklar.

Es entspricht nicht unserer Auffassung, dass die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Serbien mit der Anerkennung des Kosovos als unabhängiger Staat verknüpft werden darf. Wir halten trotz des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofes die Unabhängigkeitserklärung des Kosovos für nicht mit dem Völkerrecht vereinbar,

(B)

(Zuruf der Abg. Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

weil sie letztlich dazu beiträgt, einseitige Grenzveränderungen zu legitimieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit dem zentralen Satz des Gutachtens, das Völkerrecht enthalte kein Verbot von Unabhängigkeitserklärungen und das Kosovo habe deshalb nicht gegen allgemeines internationales Recht verstoßen, wurde aus unserer Sicht die Büchse der Pandora geöffnet. Wer solche Aussagen begrüßt, darf sich über die Sprüche von Milorad Dodik und anderen Nationalisten nicht wundern. Der Außenminister wird noch oft und nicht nur auf dem Balkan erklären müssen, warum für diese nicht gilt, was für den Kosovo rechtens sein soll.

(Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil es einen Völkermord gab! – Gegenruf von der LINKEN: Was gab es denn in der Türkei?)

Wir unterstützen die Forderung – das schließt gut an –, dass Serbien uneingeschränkt mit dem Internationalen Strafgerichtshof zusammenarbeiten soll. Gleichwohl lehnen wir die Verknüpfung dieser Forderung mit der Entscheidung über die Weiterleitung des Beitrittsantrags ab.

Die jetzige serbische Regierung unternimmt große Anstrengungen für eine Annäherung an die Europäische

Union, darunter solche, die wir scharf kritisieren wie die Umsetzung der Bedingungen des IWF bei der Bewältigung der Krise. Damit dürfte die Bundesregierung aber eher weniger Probleme haben. (C)

Für uns gibt es aber auch positive Belege – dies wurde beispielsweise schon von Herrn Kiesewetter gesagt –, zum Beispiel den Beschluss des serbischen Parlaments zum Massaker in Srebrenica oder die aktiven Bemühungen, gemeinsam mit Kroatien Kriegsfolgen zu überwinden. Es müsste im Interesse der Bundesregierung sein, der serbischen Seite die Durchsetzung dieser politischen Linie zu erleichtern.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit der Verknüpfung der Beitrittsverhandlungen an die Forderung nach Anerkennung eines unabhängigen Staates Kosovo durch Serbien wird aber das Gegenteil erreicht. Die Bundesregierung steht mit dieser Politik in einer traurigen Kontinuität. Warren Christopher sagte mit Blick auf die Anerkennung von Slowenien und Kroatien 1991:

Beim gesamten Anerkennungsprozess ... wurden schwere Fehler gemacht ... die Deutschen tragen eine besondere Verantwortung.

Diesen Fehlern folgten Bürgerkriege und der völkerrechtswidrige Krieg gegen Rest-Jugoslawien durch die NATO, den unsere Partei abgelehnt hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Die entstandenen politischen Verhältnisse zum Beispiel in Bosnien-Herzegowina sind nach wie vor instabil. Die jetzigen Wahlen haben nichts daran geändert. Die OSZE spricht nach 15 Jahren militärischer und ziviler Präsenz in Bosnien-Herzegowina von einer Stabilisierung des Wahlprozesses. Das ist nach 15 Jahren wirklich ein bemerkenswerter Fortschritt. Richtig wäre, die Kräfte zu stärken, die für Aussöhnung und Neuanfang sowie eine proeuropäische Politik stehen. (D)

Der Deutsche Bundestag sollte deutlich machen – dies tut er heute hier –, dass Serbien heute nicht mehr das Serbien von Slobodan Milošević ist. Es setzt sich für friedliche Konfliktlösungen ein und sucht den Dialog und die Verständigung. Diese Regierung braucht Unterstützung in ihrer Außenpolitik, keine Ansagen oder Diktate.

Soll der Beitrittsprozess Erfolg haben, muss er von inneren Überzeugungen und der Bereitschaft, tradierte Sichtweisen und Emotionen zu überwinden, geleitet sein.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das ist ein sehr guter Schluss.

Thomas Nord (DIE LINKE):

Mir scheint, die serbische Regierung hat das schon begriffen. Hier bin ich mir nicht immer ganz sicher.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

(A) Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nun hat die Kollegin Beck für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Marieluise Beck (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir Grüne begrüßen, dass Serbien die Tür in die Europäische Union noch ein Stückchen weiter aufgemacht worden ist. Wir erkennen die Schritte Serbiens an: die Srebrenica-Resolution im serbischen Parlament, die wirklich mit einem Risiko behaftet war, den Besuch von Präsident Tadic in Srebrenica in diesem Sommer – auch ich bin dort gewesen – und das Einlenken bei der UN-Resolution zum Kosovo. Zu diesem Erfolg hat der deutsche Außenminister beigetragen. Ich hoffe, dass er dranbleiben wird; denn es ist vollkommen klar, dass die Steine nur zu einem kleinen Teil aus dem Weg geräumt worden sind. Es werden noch viele Steine auftauchen. Insofern sollte sich das Außenministerium eher auf eine Art Pendeldiplomatie einstellen statt auf einen einmaligen Besuch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Differenz, die wir haben, ist, dass es in der Außenpolitik eine Unsitte gibt, nämlich unangenehme Wahrheiten unter den Teppich zu kehren, wenn politische Entscheidungen getroffen worden sind. Noch einmal: Wir halten es politisch für richtig, Serbien die Tür in die Europäische Union zu öffnen. Aber wir sollten nicht darüber hinweggehen, dass sich Serge Brammertz inzwischen wieder deutlich kritischer über eine weniger gute Zusammenarbeit mit der serbischen Regierung äußert, um die beiden letzten großen Kriegsverbrecher, nämlich Mladić und Hadzić, zu fassen. Man muss sagen, dass ein Staat, der in die Europäische Union will, doch nicht über Jahre hinweg behaupten kann – Serbien hat 7,5 Millionen Einwohner! –, dass er nicht in der Lage ist, diese beiden Kriegsverbrecher zu finden. Das stellt die Reife des Justizwesens und der Polizei dieses Landes infrage.

Ich möchte Sie auch daran erinnern, dass der serbische Arbeitsminister Rasim Ljajić vom Vorsitz des Nationalkomitees für Zusammenarbeit mit Den Haag zurückgetreten ist, weil er selbst nicht mehr von der Ernsthaftigkeit des Bemühens der serbischen Regierung überzeugt war, die Kriegsverbrecher Mladić und Hadzić zu finden.

All das sollten wir durchaus ansprechen, auch wenn wir die Tür aufmachen wollen. Das schadet gar nicht. Wie gesagt: Es ist nicht besonders hilfreich, das unter den Teppich zu kehren.

Jetzt zum Kosovo. Man kann sich nicht darauf ausruhen, dass die Regierung in Belgrad Minister Westerwelle zugesagt hat: „Wir arbeiten an einer Lösung des Problems mit.“ Am 3. Oktober, also kurze Zeit nach dem Besuch von Westerwelle, ist der serbische Patriarch Irinej als Erzbischof von Pec eingeführt worden. Die gesamte serbische Regierung war bei diesem Festakt anwesend. Was hat sie dort formuliert? Sie hat dort ihre For-

derungen für die Verhandlungen über die Zukunft des Kosovo formuliert. Dort wurde nicht nur die Abtretung des Gebiets von Nord-Mitrovica gefordert; wir kennen diese Forderung, sie überrascht uns nicht. Dort wurde auch die Abtretung des Gebiets der Stadt Pec gefordert. Pec ist mit etwa 170 000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt des Kosovo. Sie müssen auch solche Tatsachen zur Kenntnis nehmen, um ein realistisches Bild davon zu bekommen, was wir auf den nächsten Etappen von Serbien zu erwarten haben. Der Weg wird noch sehr lang sein.

Ganz kurz ein Wort zu den Einlassungen des verehrten Kollegen Stinner zu Bosnien. Ja, ich erwähne Bosnien, weil wir den Blick auf die gesamte Region des Westbalkans richten müssen. Noch einmal: Bei Serbien tendieren wir dazu, die Türen aufzumachen und Konditionen, die einmal aufgestellt worden waren, beiseitezuschieben, weil wir Serbien auf dem Weg in die EU unterstützen wollen. Bei Bosnien gibt es diese Sichtweise nicht, obwohl wir die Verantwortung für die Misere tragen, in der dieses Land aufgrund des Entitätenvotums steckt, das dem serbischen Präsidenten Dodik die Möglichkeit gibt, Bosnien in unverantwortlicher Weise zu blockieren. Das müssen wir, wenn wir noch einen Funken historisches Gedächtnis haben, bei unserer Politik berücksichtigen. Deswegen erwähne ich hier Bosnien immer wieder.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin.

Marieluise Beck (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): **(D)**

Ein Satz noch. – Wenn jetzt Frankreich aus innenpolitischen Gründen die Visumliberalisierungen für Bosnien und Albanien blockiert, obwohl die EU-Kommission festgestellt hat, dass alle Forderungen erfüllt worden sind, ist das ein politischer Skandal, gegen den sich Deutschland mit aller Deutlichkeit wenden muss.

Schönen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Kollege Florian Hahn für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Florian Hahn (CDU/CSU):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Serbien ist ein fester Bestandteil der europäischen Kultur- und Staatengemeinschaft. Die Entwicklungen in Serbien haben dadurch nicht nur unmittelbare Auswirkungen auf die Länder in Südosteuropa, sondern auch direkte Rückwirkungen auf die Länder der Europäischen Union, damit auch auf Deutschland. Daher ist es richtig und wichtig, dass sich Deutschland intensiv um seine Beziehungen zu Serbien kümmert.

Es ist gleichermaßen bedeutsam, dass Deutschland seinen Einfluss nutzt, um vielfache positive Entwicklun-

Florian Hahn

- (A) gen in Serbien politisch wie wirtschaftlich zu unterstützen. Dies gilt insbesondere für den Freistaat Bayern, der aufgrund seiner geografischen Lage und seines politischen und wirtschaftlichen Gewichts ein besonderes Interesse an den Entwicklungen in Südosteuropa, insbesondere in Serbien, hat. So wurde anlässlich des 40-jährigen Bestehens der Ständigen Kommission Bayern-Serbien erst am vergangenen Montag zwischen dem Ministerpräsidenten Horst Seehofer und dem serbischen Präsidenten Boris Tadic eine noch intensivere Zusammenarbeit vereinbart.

Mit unserer Aufforderung an die Bundesregierung, in der nächsten Sitzung des Rates für eine Weiterleitung des Beitrittsgesuchs Serbiens an die Europäische Kommission zu stimmen, bleiben wir unseren Aussagen von Thessaloniki treu, dass grundsätzlich jedes Land der Region des westlichen Balkans die Perspektive eines Beitritts zur Europäischen Union hat.

- (B) Kroatien hat die Chance ergriffen und sich dem NATO- und dem EU-Beitrittsprozess unterzogen, im Hinblick auf die NATO bereits erfolgreich. Ich sage deshalb „unterzogen“, weil wir aus den Erweiterungserfahrungen, insbesondere aus den Fällen Rumänien und Bulgarien, gelernt haben. Wir haben den Erweiterungsprozess durch die Einführung von Benchmarks anspruchsvoller gestaltet – manche sagen auch: verschärft –, weil wir uns eben nicht mehr nur mit Erfolgen auf dem Papier bzw. mündlichen Zusagen zufriedengeben wollten, sondern nur mit konkret verwirklichten, nachprüfbar Fortschritten. Unsere klare Aussage in diesem Zusammenhang war und ist: Die Beitrittskriterien müssen unsererseits klar definiert und von Beitrittsländern strikt erfüllt werden. Es gibt keine politischen Rabatte, aber auch keine politisch motivierten Sanktionen. So begrüße ich ausdrücklich die Resolution der UNO-Vollversammlung vom 10. September dieses Jahres, in der zu einem Dialog zwischen Serbien und dem Kosovo aufgerufen wird.

Die von Serbien selbst eingebrachte Resolution befürwortet Verhandlungen – nicht über den staatsrechtlichen Status des Kosovo, der für Deutschland und für die allermeisten Staaten inzwischen feststeht – über praktische Fragen des Zusammenlebens. Wir alle können nachvollziehen, dass diese Resolution in Serbien selbst auch auf Widerspruch stößt. Hier gilt es, Überzeugungsarbeit zu leisten. Hier gilt es, den Menschen in Serbien deutlich zu machen, dass nur ein friedliches Miteinander das Land als einen gleichberechtigten Partner in Europa sichtbar und verankert sein lässt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die Resolution ist ein klares Signal, dass Serbien auf Kooperation setzt und auf dem Weg in die Integration in die EU ist. Ich möchte Minister Guido Westerwelle ausdrücklich danken. Seine Gespräche haben Serbien von den Vorteilen eines proeuropäischen Kurses überzeugen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

- (C) Die gezeigte Bewegung der serbischen Regierung in der für sie extrem heiklen Kosovo-Frage sollte honoriert werden.

Mit unserer Weiterleitungsempfehlung rückt Serbien dem Beitritt ein Stück näher. Daher meine ich, dass wir ehrlicherweise eine weitere, in der Debatte schon genannte, sehr wichtige politische Frage jetzt und immer wieder anschneiden sollten, nämlich die der uneingeschränkten Kooperation Serbiens mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien. Ich habe mich am Anfang zu Kroatien geäußert, weil wir im Hinterkopf behalten sollten, dass wir bzw. die EU im Falle Kroatiens die Frage der Auslieferung von Angeklagten an den Internationalen Strafgerichtshof zu einem bestimmten Zeitpunkt des Beitrittsprozesses zur Nagelprobe gemacht haben. Wir müssen uns bewusst sein, dass in dem teilweise politisch noch vergifteten Klima in der Region genau beobachtet wird, ob wir gleiche Maßstäbe an die Länder anlegen. Deshalb halte ich es für richtig und wichtig, auch Serbien unsere Prioritäten von Anfang an klar anzusagen. Die uneingeschränkte Zusammenarbeit Serbiens mit dem Internationalen Strafgerichtshof mit dem Ziel der Auslieferung der wegen Kriegsverbrechen angeklagten Personen Mladic und Hadzic gehört für uns zu diesen Prioritäten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

- (D) In diesem Sinne bitte ich Sie um die Zustimmung und wünsche dem serbischen Volk auf seinem Weg in die europäische Staatengemeinschaft Glück und Gottes Segen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP auf Drucksache 17/3190 mit dem Titel „Beitrittsantrag der Republik Serbien zur Prüfung an Europäische Kommission weiterleiten“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Mehrheit der Koalition angenommen.

Zusatzpunkt 9. Hier geht es um die Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/3175 mit dem Titel „Glaubhafte Unterstützung für Serbiens Beitrittsantrag zur Europäischen Union“. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dieser Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Zusatzpunkt 10. Hier geht es um den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/3204 mit dem Titel „Serbiens Beitrittsantrag an die Europäische Kommission weiterleiten – Gesamte Region im Blick behalten“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Auch dieser Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.